

### Wochenchau.

1. Die Stellung der deutschen Unterhändler bei den Verhandlungen, die in der letzten Zeit über eine Valutaanleihe in der Schweiz gepflogen wurden und die nunmehr zum Abschlusse gekommen sind, war im vorhinein keine ungünstige. Wer heute über Kohle verfügt, der hat einen sicheren Vorteil für sich. So konnte man voraussehen, daß auf billiger Grundlage eine Vereinbarung zustande kommen würde, die dem Deutschen die Valutaanleihe und der Schweiz ihre Kohle sichert. Daß die Verhandlungen sich hart und schwierig anlassen würden, das konnte nicht überraschen, das liegt in der ganzen Gestaltung des heutigen internationalen Warenverkehrs, der eine unbarmherzige Kompensationspolitik zu nie geahnter Blüte gebracht hat. Auch im freundschaftlichen Verkehr ist, um ein Beispiel anzuführen, ein Wettstreit in Ueberbietungen auf der Tagesordnung. Die Kunde von phantastischen Preisfeststellungen auf der einen Seite ruft einen gleichen Drang auf der anderen Seite hervor, für die Firmen, denen die Verhältnisse einen Export erlauben, ist eine gute Zeit angebrochen, eine Zeit, die Professor Oppenheimer in Berlin so treffend mit den Worten charakterisierte: Der Exporteur macht sich nicht klar, daß er Geld billiger kauft, sondern er glaubt, Ware teuer zu verkaufen. Und diese Preispolitik, die sich im Verlaufe des Weltkrieges im internationalen Warenverkehr durchgesetzt hat, geschieht mehr oder weniger unter der wohlwollenden Duldung der Regierungen, denen die pflichtgemäße Obsorge für die Valuta ihrer Staaten anvertraut ist. Die Bedachtnahme auf die deutsche Währung hat auch die Haltung der deutschen Unterhändler bei diesen Verhandlungen über die Schweizer Anleihe beeinflusst. Um einer weiteren Verschlechterung der deutschen Währung vorzubeugen, um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß sich im Warenverkehr der beiden Länder ein Passivsaldo zu Ungunsten Deutschlands von rund vierzig Millionen Frank ergibt, hat Deutschland diese Anleiheverhandlungen geführt, die das Ergebnis hatten, daß ein Konsortium Schweizer Banken einer Gruppe von ersten deutschen Finanzinstituten eine Anleihe von 180 Millionen Frank zur Verfügung stellt, und zwar eine in neun Raten fällige Anleihe, mit deutschen Schatzscheinen als Unterlage, der Garantie der deutschen Banken und mit dem Giro der Deutschen Reichsbank. Die gesetzmäßige geldpolitische Gebarung, die in normalen Verhältnissen im internationalen Zahlungsverkehr üblich war, hat der Krieg annulliert, die Wanderungen der flüssigen Kapitalien von Land zu Land vollziehen sich, beeinflusst durch die Absperzungspolitik Englands, und haben, wie in anderen Zahlungsmitteln, auch im Wertverhältnis zwischen Reichsmark und Frank eine Veränderung mit sich gebracht, die eine Korrektur heischt, wofür die Gelegenheit aus Anlaß der neuerlichen Geltendmachung des deutschen Kohlenbedarfes gegeben war. „Welcher Unterschied zwischen dem regulären Valutaverkehr auf sechs Weltplätzen und dem jetzigen Valutahandel der für uns zur Sadgasse geworden ist.“

Die finanzielle Position der Eidgenossenschaft ist der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Landes ungeachtet sehr günstig. Wenn das trotz des Umstandes der Fall ist, daß die Schweiz in bezug auf nahezu sämtliche Nahrungsmittel, Rohstoffe und Halberzeugnisse vom Auslande abhängig erscheint, muß man das nicht zuletzt darauf zurückführen, daß schon vor Ausbruch des Krieges die Schweiz in machtvoller finanzieller Position gewesen ist, weil große Summen ausländischen Kapitals in Schweizer Unternehmungen investiert wurden, insbesondere die Steuerflucht des französischen Kapitals der Eidgenossenschaft zugute kam. Die heutige Stellung der Schweiz wird namentlich dadurch charakterisiert, daß die Schweizer Wechselkurse bei den kriegsführenden Ländern als Wertmaßstab stark beachtet werden, daß heute in der Schweiz die Veranlagung flüssiger Gelder in Wechseln internationaler Natur im großen Stile erfolgt. Gleichwohl wird man dem Einwande, dem die deutschen Unterhändler begegnet sein sollen, daß nämlich die Schweiz Bedenken gegen die Gewährung einer Anleihe trage, weil sie für die Zeit der Uebergangswirtschaft gerüstet sein wolle,

nicht jede Berechtigung absprechen könne, besonders dann, wenn man dieses Bedenken im Zusammenhange bringt mit ähnlichen Äußerungen der Besorgnis, wie sie gerade in der letzten Zeit auch seitens holländischer Banken zum Ausdruck gebracht worden sind. Auch die Niederlande gehören zu jenen neutralen Ländern, die aus der gegenseitigen Befehdung der europäischen Staaten den größten Vorteil gezogen haben, aus der Frustrifizierung der durch den Weltkrieg geschaffenen Tatsachen. Man kann sich aber doch der Erwägung nicht verschließen, daß dieser beispiellose Aufschwung des Landes eine Frucht des Weltkrieges ist, daß eine Wendung der Dinge zum Frieden auch zu Umwälzungen im ökonomischen Leben des Landes führen könnte, die es geraten erscheinen lassen, der kommenden Zeit mit möglichst unversehrter Rüstung entgegenzugehen. Die Mahnung zur Zurückhaltung in der Kreditgewährung an das Ausland wird in Holland jetzt immer wieder vernommen. Solche allgemeine Reflexionen konnten aber naturgemäß nicht die Oberhand über die Erwägung gewinnen, daß es für die Schweizer Eidgenossenschaft viel vorteilhafter sei, auf den Wunsch der deutschen Regierung auf Gewährung einer Valutaanleihe einzugehen, als gegebenenfalls die Kohle um den doppelten Preis bezahlen zu müssen, welche Bedingung die deutsche Regierung für den Fall des Unterbleibens der Anleihe gestellt hatte. Dem Begehre der Schweiz nach Kohle wollte sie daher unter allen Umständen Rechnung tragen, andererseits aber konnte sie die Rücksicht auf die eigene Währung nicht außer acht lassen. Eine Preisstellung, aus der Kompensationspraxis geboren, zudem es sich um einen Export in ein Land der Geldplethora handelt. Die Kohle ist gegenwärtig rar, der Leiter

des Ministeriums für öffentliche Arbeiten Sektionschef Ritter v. Homann hat vor einigen Tagen interessante Mitteilungen darüber gemacht, wie energisch er in Berlin dafür eintreten mußte, um die zuverlässige Lieferung der zugestandenen Kohlenquantitäten zu sichern. Kein Wunder daher, daß die deutsche Regierung die Hergabe eines so vielbegehrten Artikels zum Gegenstande einer in seinem wichtigen Interesse gelegenen Transaktion gemacht hat. Man darf wohl annehmen, daß Deutschland sich damit auch die Verfügung über gewisse in der Eidgenossenschaft lagernde greifbare Vorräte gesichert hat. Von allen Theoretikern wird die Beschaffung ausländischer Kapitalien zum Zwecke der hinlänglichen Ausstattung unserer Volkswirtschaft mit Kapitalgütern als die wichtigste Voraussetzung einer Relativierung bezeichnet. So ist die Schweizer Valutaanleihe vielleicht auch unter dem Gesichtspunkte zu würdigen, daß damit der Weg gezeigt wird, auf welchem nach Wiederkehr des Friedens analoge Probleme eine Lösung finden könnten.

Die Frage der Kohlenbeschaffung ist heute die dringendste Sorge geworden, als Begleiterscheinung des Kampfes um die Kohle akzentuiert sich die steigende Tendenz der Kohlenpreise immer schärfer. Heute liegt die Nachricht vor, daß die obereschlesischen Grubenerwartungen wegen der neuerdings gesteigerten Gesteigungskosten eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise anstreben, die in ihrem Umfang das sonst übliche Maß von zwei Mark für die Tonne übersteigen und am 1. Oktober in Kraft treten sollen. Solche Preiserhöhungswünsche sind übrigens nicht nur in Oberschlesien, sondern auch in Rheinland-Westfalen erhoben worden. Der preussische Handelsminister hat nunmehr das Wort und man weiß nicht, wie seine Entscheidung, die er ja schon letztes Mal nur zögernd getroffen hat, ausfallen wird. Das Argument von der Steigerung der Gesteigungskosten ist jedenfalls das Argument des Tages, namentlich der Hinweis auf die Steigerung der Löhne. Die Lohnfrage wird gegenwärtig durch die Lebensmittelfrage kompliziert und darin liegt die Voraussetzung für kontinuierliche Lohnsteigerungen.